

92A11 A27

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Bezahlbare und flächendeckende
Kantinenversorgung an beruflichen Schulen**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. An allen beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein soll eine Kantinenlösung eingeführt oder bestehende Angebote verbessert werden.
2. Die Preise für Mahlzeiten sollen bezahlbar gestaltet werden, sodass alle Schüler*innen Zugang zu einer ausgewogenen Verpflegung haben.
3. Die Schulen sollen bei der Preisbildung unterstützend tätig sein und Maßnahmen ergreifen, um sozialverträgliche Preise zu gewährleisten.
4. Das Land Schleswig-Holstein sowie der Bund werden aufgefordert, finanzielle Unterstützung bereitzustellen, um eine flächendeckende und kostengünstige Kantinenversorgung an den beruflichen Schulen sicherzustellen.

Begründung

Erfolgt mündlich

92A12 A28

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Moderne technische Ausstattung für jeden Klassenraum**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 13.3. in folgendem Wortlaut eingefügt:

3 "Wir fordern, dass jeder Klassenraum mit einem Beamer ausgestattet sein soll,
4 der eine einfache Verbindung über HDMI ermöglicht. Zusätzlich soll zu jedem
5 Beamer eine Dokumentenkamera gehören, um Arbeitsblätter unkompliziert
6 projizieren und bearbeiten zu können."

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Klare Regelungen und Integration von Künstlicher Intelligenz im Unterricht**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Das MBWFK wird aufgefordert, klare Regelungen zur Nutzung Künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei Klausuren durch Schüler*innen zu erarbeiten.
2. Diese Regelungen sollen fachspezifisch sowie an die unterschiedlichen Schularten und Bildungsgänge angepasst sein.
3. KI-gestützte Tools sollen aktiv im Unterricht eingesetzt werden. Dabei sollen sowohl ihre Vorteile als auch ihre Grenzen sowie die korrekte Nutzung thematisiert werden.
4. Zur Verankerung dieser Forderungen im Grundsatzprogramm wird es wie folgt ergänzt:
 1. Es wird ein 13.4. in folgendem Wortlaut eingefügt: "Wir fordern, dass KI-Tools aktiv in den Unterricht integriert und dort auch inhaltlich behandelt werden."

- 15 2. Es wird ein 13.5. in folgendem Wortlaut eingefügt: "Wir fordern,
16 dass es klare, landesweite und bildungsgang-/fachspezifische
17 Regelungen zur Nutzung künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei
18 Klausuren geben soll."

Begründung

Erfolgt mündlich

92A14 A30

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Mehr Wahlmöglichkeiten und Mitbestimmung im Stundenplan**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.19. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 “Wir fordern eine stärkere Implementierung von Wahlpflichtkursen sowie mehr
- 4 Mitbestimmung der Schülerinnen über die Inhalte ihres Stundenplans.”

Begründung

Erfolgt mündlich

92A15 A31

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: Lebensnahe Inhalte im Unterrichtsaltag

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 8.8. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass Unterricht und Lehrpläne – insbesondere im Wirtschafts- und
- 4 Politikunterricht – so angepasst werden, dass verstärkt lebensnahe Inhalte
- 5 vermittelt werden, die Schüler*innen im späteren Leben benötigen."

Begründung

Erfolgt mündlich

92A16 A32

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: Mehr Zeit für Sportunterricht im Stundenplan

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.20. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass dem Sportunterricht mehr Zeit im Stundenplan eingeräumt wird,
- 4 um die körperliche Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler*innen zu
- 5 fördern."

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görtz (Landesschülersprecher)

Titel: Transsexuelle in Schule gleichstellen

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Das LSP stellt fest:

1. Im Umgang mit Transsexualität ist ein sensibler Umgang mit allen Beteiligten vor Ort erforderlich. Dazu braucht es entsprechende Fortbildungen insbesondere für den Lehrkörper. Wissensrückstände sind abzubauen.
2. Dort, wo es um intime Räume/Schutzräume geht, ist bei geschlechtsbezogener Trennung die Trennung anhand des Geschlechts vorzunehmen, zu dem sich die Schüler*innen jeweils zugehörig fühlen.
3. Sofern es durch die Identifizierung eines*einer Schüler*in mit einem Geschlecht, das von ihrem*seinem biologischen Geschlecht abweicht und die entsprechende Zuweisung zu einem Unwohlsein bei beteiligten Schüler*innen führt, ist niedrigschwellig eine Lösung zu entwickeln, die für die sich unwohl fühlenden Schüler*innen Ausweichorte vorsieht.
4. Keinesfalls darf es durch eine Lösung nach 3. zu einer Trennung eines*einer Schüler*in ohne dessen*deren Einverständnis von einer Lerngruppe aufgrund seines*ihrer Transsexualität kommen.
5. Im Bezug auf Schultoiletten ist eine geschlechtsneutrale Lösung geboten. Dafür ist die Voraussetzung die Abschaffung von Urinalen und die Installation fester Toilettenwände für einzelnen

Sanitäranlagen, die vom Boden bis zur Decke reichen.

6. Alle Beteiligten in Schule müssen gemeinsam daran arbeiten, Transfeindlichkeit abzubauen. Dazu ist unter anderem die Einbindung der Gleichstellung aller Geschlechter sowie der Angehörigen aller Geschlechter als Querschnittsaufgabe in die Unterrichte erforderlich.

2. Das Grundsatzprogramm wird folgt zu geändert:

1. Es wird ein 9.12. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass sämtliche Schüler*innen entsprechend dem Geschlecht, dem sie sich zugehörig fühlen, zugewiesen und behandelt werden. Treten dabei Herausforderungen auf, so sind diese im Einzelfall sensibel und diskriminierungsfrei zu lösen."

2. Es wird ein 9.13. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass in Schulen ausschließlich geschlechtsneutrale Toiletten eingerichtet werden. Diese sind baulich vollständig in einzelne Einheiten zu unterteilen."

Begründung

erfolgt mündlich

92A18 A34

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: **Für die WEHRhafte Demokratie: Die Bundeswehr in die Schulen**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Das LSP stellt fest:

1. Das Staatskonzept der Bundesrepublik Deutschland stellt eine wehrhafte Demokratie dar, die sich gegen ihre Gegner von Innen und Außen verteidigt. Wesentlicher Bestandteil der Verteidigung nach Außen ist die Bundeswehr.
2. In Zeiten, in denen auf europäischem Boden wieder Krieg geführt wird und die Verlässlichkeit internationaler Partner wie der USA abnimmt, ist Deutschland mehr denn je in der Pflicht, sich in der Landesverteidigung breiter aufzustellen. Für diese breitere Aufstellung ist unter anderem ein personeller Ausbau der Bundeswehr erforderlich.
3. Angesichts des Nachwuchsmangels der Bundeswehr und des Verständnisses von Landesverteidigung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe bedarf es der Nachwuchswerbung auch in Schule. Ebenso wie jeder andere Arbeitgeber muss die Bundeswehr die Möglichkeit haben, den Nachwuchs direkt dort abzuholen, wo er sich befindet: In den Schulen.
4. Selbstverständlich muss das Thema Militär, gerade auch in Verbindung mit der deutschen Geschichte sowie mit militärischer Gewalt, in

Schule sensibel behandelt werden. Deshalb dürfen derartige Werbeaktionen erst ab Klassenstufe 9 und nur mit intensiver Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung durch die Lehrkräfte durchgeführt werden.

5. Initiativen wie "GegenWEHR" von u.a. der LSV NRW lehnen wir demnach ab. Obgleich der Wille nach Diplomatie und Frieden jederzeit Leitlinie des politischen Handelns sein muss, darf gerade in diesen Zeiten Pazifismus nicht mit Unterwerfung gegenüber Demagogen und Staaten, die mit Gewalt Grenzen zu verschieben beabsichtigen, verwechselt werden.

2. Das Grundsatzprogramm wird deshalb wie folgt geändert:

1. 2.5. wird wie folgt neugefasst:

"Wir fordern, dass ab Klassenstufe 9 in den Schulen Nachwuchswerbung durch die Bundeswehr stattfindet. Eine der Thematik angemessene Vor- und Nachbereitung ist sicherzustellen."

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: **Echte Lösungen für echte Probleme - Kein
Toiletten-Terror in den Schulen!**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Vandalismus in Schulen und besonders in Toilettenräumen ist in den berufsbildenden Schulen Schleswig-Holsteins ein widerkehrendes Problem. Schülervertretungen und Schulleitungen müssen gemeinsam daran arbeiten, im Sinne eines guten Schulklimas Vandalismus zu bekämpfen.
2. Dabei darf es keine kollektive Bestrafung der Schüler*innenschaft geben. Das Recht der Schüler*innen, jederzeit die Toiletten zu benutzen, muss im Sinne der allgemeinen Menschenwürde unberührt bleiben.
3. Die LSV BS spricht sich gegen sämtliche Maßnahmen aus, die obiges Recht infragestellen und fordert die Schulleitungen dringend auf, einen menschlichen Dialog zu führen, der echte Lösungen birgt und keine Strafmaßnahmen ohne Erfolgsaussichten hervorbringt.

Begründung

folgt

93A7

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Nachhaltige Mobilität heißt auch sichere
Abstellplätze - Ein Schluss der unsicheren
Mobilität für Schüler*innen**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 1.11 im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Die LSV BS SH setzt sich für die Einrichtung und Instandhaltung von sicheren
- 4 und mehr Fahrradabstellplätzen an allen berufsbildenden Schulen ein."

Begründung

Erfolg mündlich...

93A8

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Digitale Stimme statt stummem Frust –
Schüler*innenfeedback ernst nehmen**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 5.8 im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Die LSV BS SH fordert die Entwicklung und Implementierung eines digitalen und
4 anonymen Feedbacksystems an allen berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein,
5 das den Schüler*innen ermöglicht, ständig Rückmeldungen zum Unterricht zu geben"

Begründung

Erfolgt mündlich...

93A9

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Demokratie verlernen wir nicht in der Schule
oder doch? - Politische Bildung darf nicht in der
Schule aufhören!**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 14.6 im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Die LSV BS SH fordert die Einführung von mindestens zwei verpflichtenden
4 Projekttagen pro Schuljahr an berufsbildenden Schulen, die sich mit aktuellen
5 politischen und gesellschaftlichen Themen beschäftigen."

Begründung

Erfolg mündlich...

93A10

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Mina Engelmann, Magnus Erdmann (SV BBZ Bad Segeberg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: KI im Klassenzimmer – fair, kritisch, transparent

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 13.3 im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Die LSV BS SH fordert ein landesweites Rahmenkonzept zum Umgang mit KI im
4 Bildungssystem. Dieses soll Schulen verpflichten, den Einsatz von KI
5 transparent, datenschutzkonform und pädagogisch sinnvoll zu gestalten. Außerdem
6 sollen Fortbildungen für Lehrkräfte und Unterrichtsmodule zur kritischen KI-
7 Nutzung entwickelt werden."

Begründung

Erfolg mündlich...

93A11

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Sicheres lernen garantieren – Schutz vor
sexualisierter Gewalt in Schule & Betrieb**

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 2.20 im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Die LSV BS SH fordert verpflichtende Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt
4 für alle berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetriebe in Schleswig-Holstein.
5 Dazu gehören Präventionsworkshops, geschulte Ansprechpersonen und vertrauliche
6 Beschwerdewege. Diese sind verbindlich im Curriculum zu verankern, jährlich zu
7 behandeln und im Rahmen schulinterner Evaluationen regelmäßig zu überprüfen."

Begründung

Erfolg mündlich...

93A16

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann & Süeda-Nur Okular, Elias Görth, Malina Schütte & Mina Engelman, Leni Schwarze, Jannes Hagemeier (Stellv. LSS, LSS, SV BBZ Bad Segeberg, SV BS Oldenburg i. H., RBZ am Königsweg in Kiel)

Titel: **Mitreden, vernetzt, informiert – SV digital denken**

Antragstext

- 1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt anzupassen:
- 2 Es wird ein 3.9. in folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 „Die LSV BS SH fordert ein landesweiter digitales
- 4 Schüler*innenvertretungsportal, über das die SVen vor Ort Zugang zu einem
- 5 Funktionspostfach, wichtigen Informationen, Vernetzungsangeboten und SV-
- 6 Materialien erhalten.“

Begründung

Schülervertreter*innen werden oft schlecht informiert oder einbezogen, besonders bei großen Berufsschulen mit unübersichtlicher Struktur. Digitale Tools könnten Kommunikation, Vernetzung und Mitbestimmung erleichtern.

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass nicht flächendeckend alle SVen über eine eigene E-Mail verfügen.

Was wiederum dazu führt, dass teilweise nicht alle Information und ähnliches ankommen. Ein gut informierte und vernetzte SV sollte das Minium in einem demokratischen Staat sein.

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann & Süeda-Nur Okular, Elias Görth, Malina Schütte & Mina Engelman, Leni Schwarze, Jannes Hagemeier (Stellv. LSS, LSS, SV BBZ Bad Segeberg, SV BS Oldenburg i. H., RBZ am Königsweg in Kiel)

Titel: **Demokratie braucht Zeit – Bildungsfreistellung für Azubis jetzt!**

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt anzupassen:

2 Es wird ein 14.6. in folgenden Wortlaut eingefügt:

3 „Die LSV BS SH fordert, dass Auszubildenden in Schleswig-Holstein das Recht auf
4 Bildungsfreistellung analog zur Bildungsfreistellung für Arbeitnehmer*innen
5 eingeräumt wird. Dafür ist eine Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes SH
6 notwendig. Die Bildungszeit soll für gewerkschaftliche, politische oder
7 ökologische Seminare genutzt werden können.“

Begründung

Berufsschülerinnen haben wenig Zeit für politische Weiterbildung – neben Schule, Betrieb und Alltag bleibt kaum Raum für Seminare, Gremienarbeit oder gesellschaftliches Engagement. Viele wissen zudem nicht, dass sie (anders als normale Arbeitnehmerinnen) bislang keinen Anspruch auf Bildungsfreistellung in Schleswig-Holstein haben.

Gerade in einer Demokratie ist es jedoch zentral, dass alle jungen Menschen – unabhängig vom Beruf – die Möglichkeit haben, sich gesellschaftlich weiterzubilden. Politische Teilhabe darf kein Bildungsprivileg sein. Es braucht einen rechtlichen Rahmen, der auch Auszubildenden bezahlte Bildungszeit ermöglicht.

93A19

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görrh (Landesschülersprecher)

Titel: **Individuelle Unterstützung statt pauschaler
Repression - keine starren
Fehlzeitenregelungen!**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen,
2 das GSP wird wie folgt geändert:
3 Der 7.8. wird wie folgt neu gefasst:
4 "Wir fordern die Abschaffung der pauschalen Fehlzeitenquoten in den
5 Berufsausbildungen. In den Vollzeitbildungsgängen dürfen
6 entschuldigte/krankheitsbedingte Fehlzeiten nicht zu Maßnahmen wie Attestpflicht
7 oder Ausschulung führen."

Begründung

folgt

93A22

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher, SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: **Kopfsache! – Unterricht für die Seele**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Mentale Gesundheit, psychische Belastung und Stressprävention müssen
4 verpflichtend in das Curriculum aufgenommen werden, um nachhaltige Gesundheit zu
5 fördern.“

Begründung

*Die Schule soll Schüler*innen auf das Leben vorbereiten. Dazu gehört Wissen über psychische Gesundheit und Prävention. Dies muss verbindlich durch den Lehrplan sichergestellt werden.*

93A23

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: **Rat mal, wer mitreden darf? – Der Klassenrat kommt!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „In jeder Klasse und Jahrgangsstufe ist ein verpflichtender Klassenrat
4 einzuführen, um die Bedürfnisse, Sorgen und Gedanken der Schüler*innen
5 regelmäßig zu thematisieren. Dafür ist das Schulgesetz entsprechend zu
6 ergänzen.“

Begründung

Der Klassenrat fördert Beteiligung, Ausdrucksfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Er bietet Raum für Austausch und stärkt die demokratische Schulkultur. Er trägt nachhaltig zu einem besseren und gesünderen Klassengefühl bei und sichert eine Wohlfühlatmosphäre.

93A24

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: Pflaster für alle! – Erste Hilfe First

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Schulen müssen mindestens einmal jährlich einen kostenlosen, zertifizierten
4 Erste-Hilfe-Kurs für Schülerinnen anbieten. Die Teilnahme ist freiwillig; die
5 Schülerinnen werden für die Kurszeit vom Unterricht freigestellt. Die Kosten
6 trägt das Land.“

Begründung

Erste Hilfe rettet Leben. Schulen können einen niedrigschwelligen Zugang schaffen und Verantwortung fördern. Bei einem Landeshaushalt von rund 17,7 Milliarden Euro sind geschätzte Kosten von 2,5–3,4 Millionen Euro vertretbar. Außerdem profitieren alle Menschen von mehr Erster-Hilfe, es ist somit nicht rein eine Aufgabe für den Haushalt des MBWFK.

93A25

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Leni Schwarze; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; SV BS Oldenburg i. H.; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: **Wasser marsch! – Durst ist keine Option**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Schulen müssen frei zugängliche und kostenlose Wasserspender bereitstellen, um
4 die Versorgung der Schüler*innen während der Schulzeit sicherzustellen.“

Begründung

Wasser ist ein Menschenrecht und essenziell für Konzentration und Gesundheit. Wasserspender fördern gesunde Gewohnheiten und die Vorbildfunktion der Schule.

93A26

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: **Aufklärung statt Verharmlosung:
Antifaschismus ins Curriculum**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:
2

3 „Antifaschistische Bildung soll verpflichtender Bestandteil des Unterrichts an
4 allen Berufsschulen in Schleswig-Holstein werden. Dies umfasst mindestens ein
5 Schulprojekt pro Jahrgang zu Faschismustheorie, NS-Geschichte, aktuellen rechten
6 Strukturen sowie zivilgesellschaftlichem Widerstand. Die Umsetzung erfolgt im
7 Rahmen des Politik-, Geschichte- oder Deutschunterrichts.“

Begründung

*Rechter Terror, autoritäre Ideologien und Faschismus sind keine Phänomene der Vergangenheit. Schüler*innen erleben heute wieder rechte Angriffe, Antisemitismus und Nationalismus – online wie offline. Die Schule hat den Auftrag, Demokratie zu schützen. Dazu braucht es Bildung, die klar benennt: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Antifaschistische Bildung ist Demokratiebildung.*

93A27

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: Schule soll nicht schweigen lehren

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Das Land Schleswig-Holstein soll sich für ein volles Streikrecht für
4 Auszubildende einsetzen, auch im schulischen Kontext. Dazu gehören politische
5 Streiks (z. B. Klimastreiks), Solidaritätsstreiks sowie kollektive
6 Arbeitsniederlegungen bei Missständen in Betrieb oder Berufsschule. Bestehende
7 Repressionen gegen streikende Schüler*innen sind einzustellen.“

Begründung

In einer Demokratie muss politischer Protest möglich sein – auch für junge Menschen. Azubis sind keine willenslosen Zahnräder im Wirtschaftssystem. Wenn sie für ihre Rechte kämpfen, dürfen sie nicht dafür bestraft werden. Das Streikrecht ist ein Menschenrecht – auch in der Schule. Wer heute protestiert, wird morgen politisch handeln.

93A28

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: **Keine staatliche Glaubenslehre -
Religionsunterricht abschaffen!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen,

2 das GSP wird wie folgt geändert:

3 1. Der Abschnitt 5. "Unterrichtsqualität" wird in "Unterricht" umbenannt.

4 2. Es wird ein 5.8. im folgenden Wortlaut eingefügt:

5
6 "Wir fordern die Abschaffung des bisherigen Religionsunterrichts. Inhalte
7 zu allen Weltreligionen sowie zu ethischen Fragen sind in
8 Fachanforderungen der übrigen Fächer passend einzupflegen."

Begründung

folgt

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: **Psychosozial Herausgeforderte nicht
alleinlassen - Schulbegleitungen
konzeptionieren!**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Das GSP wird wie folgt geändert:

Es wird ein 9.13. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass das für Bildung zuständige Ministerium ein Landeskonzept Schulbegleitung erarbeitet und sicherstellt, dass binnen zwei Monaten nach Bekanntwerden des Bedarfs eine Schulbegleitung zur Verfügung steht. Außerdem ist eine Härtefallreserve vorzuhalten, die bei dringendem Bedarf vorübergehend abgerufen werden kann."

2. Die derzeitige Situation im Bereich Schulbegleitung ist nicht hinnehmbar. Die Wartezeiten betragen standortabhängig bis zu einem Jahr. Die Folgen sind für die betroffenen Schüler*innen oft verheerend, da sich die Schwierigkeiten in der Schule in dieser Zeit intensivieren und nicht jedes Elternteil sein Kind in der Schule begleiten kann. Eine schnellere Versorgung ist daher unerlässlich.

3. Die fachliche Ausbildung der Schulbegleitungen lässt oft stark zu wünschen

18 übrig, selten sind hier tatsächliche Fachkräfte im Einsatz. Aufgrund des
19 Fachkräftemangels ist das nachvollziehbar, das für Bildung zuständige
20 Ministerium muss jedoch Fort- und Weiterbildungen für Schulbegleitungen
21 anbieten und sicherstellen, dass der Qualitätsstandard stets zunimmt."

Begründung

folgt

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann (SV-RBZ am
Königsweg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: Tagesordnungspunkt: Revolution light

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. „Wir fordern, dass an jeder Berufsschule ein Ausbildungsbeirat eingerichtet wird, in dem auch Schüler*innen mitwirken. Dieser Beirat soll regelmäßig tagen und eine beratende Funktion bei der Gestaltung und Reflexion von Praxisphasen, Curricularen Vereinbarungen, Kooperationsbetrieben und schulischen Rahmenbedingungen übernehmen.
2. Ebenfalls soll ein Ausbildungsrat gebildet werden, um beratend in den Diskurs über die Fachanforderungen in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) zu gehen und diese zu evaluieren. Hierfür soll mindestens ein *e Vertreter*in aus jeder Berufsschule an diesem Rat teilnehmen. Die Wahl dieses Vertreters soll durch Abstimmung der Schüler*innen Vertretung erfolgen.“

Begründung

*Berufsschüler*innen verbringen einen erheblichen Teil ihrer Ausbildungszeit in der Schule – doch ihre Stimmen finden kaum Berücksichtigung bei der Gestaltung dieses Raums. Entscheidungen über Inhalte, Praxiszeiten, Kooperationsbetriebe oder gar Pausenversorgung fallen meist über ihre Köpfe hinweg. Das ist*

*nicht nur undemokratisch, sondern widerspricht auch dem Anspruch, Schüler*innen zu mündigen Bürger*innen zu erziehen.*

*Ein Ausbildungsbeirat mit echter, verbindlicher Beteiligung von Schüler*innen schafft Strukturen der Mitbestimmung, fördert Transparenz und bringt Erfahrungswissen dorthin, wo es gebraucht wird: in die Entscheidungsprozesse. Eine Schule, die auf Augenhöhe arbeitet, beginnt bei echter Beteiligung – nicht bei Alibibeteiligung.*

93A32

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann (SV-RBZ am Königsweg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: Statt Streikverbot: Streikverstehen

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2 „Wir fordern, dass jährlich ein verpflichtender ‚Gewerkschaftstag‘ an jeder
3 Berufsschule eingeführt wird. In Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und
4 Interessenvertretungen sollen Schüler*innen an diesem Tag über ihre Rechte im
5 Ausbildungs- und Arbeitsleben informiert und zum Mitwirken befähigt werden.“

Begründung

*Viele Berufsschüler*innen starten ins Arbeitsleben, ohne zu wissen, welche Rechte ihnen zustehen. Tarifverträge, Betriebsräte, Mitbestimmung – all das bleibt für viele abstrakt. Die Folge: Ausbeutung, Einschüchterung, Schweigen. Dabei sind Gewerkschaften die zentralen Instrumente, um faire Löhne, bessere Bedingungen und demokratische Beteiligung in der Arbeitswelt zu sichern.*

Ein verpflichtender Gewerkschaftstag vermittelt nicht nur Wissen, sondern ermutigt zur politischen Teilhabe. Er zeigt: Deine Stimme zählt. Du bist nicht allein. Du kannst dich wehren – und du kannst gemeinsam etwas verändern.

93A33

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer (SV-RBZ am Königsweg)

Titel: **Haushaltsplan statt Hausaufgaben**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2 „Wir fordern, dass Alltagskompetenzen wie Steuererklärung, Mietrecht,
3 Krankenversicherung, Verbraucherschutz und finanzielle Selbstorganisation
4 verpflichtend in allen Bildungs- und Ausbildungsgängen behandelt werden. Dazu
5 sollen entsprechende Module in bestehende Fächer integriert und oder
6 eigenständig verankert werden.“

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann (SV-RBZ am Königsweg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: Von der Befehlskette zur Beziehungskultur

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen,
- 2 Das Grundsatzprogramm wird wie folgt ergänzt,
- 3 Es wird um einen neuer Punkt 5.8 in folgendem Wortlaut ergänzt:
- 4 „Wir fordern, dass im Vorbereitungsdienst sowie in der Lehrkräfteausbildung an
5 Berufsschulen verpflichtende Module zu Machtkritik, Hierarchien im
6 Bildungssystem und feministischer Pädagogik eingeführt werden. Dabei soll
7 insbesondere die Reproduktion patriarchaler, autoritärer Strukturen im
8 Schulalltag reflektiert und dekonstruiert und die Partizipation erhöht werden.“

Begründung

*Das Schulsystem basiert in vielerlei Hinsicht auf überkommenen, autoritären Strukturen. Die klassische Lehrer*innenrolle ist historisch geprägt von Disziplinierung, Hierarchie und Gehorsam – Konzepte, die aus einem patriarchalen Weltbild stammen, in dem Macht von oben nach unten weitergegeben wird.*

Diese Logiken setzen sich besonders deutlich im Referendariat fort:

- *Einzelne Ausbildende (Mentorinnen, Seminarleitungen) üben enorme Macht über Referendar*innen aus – oft ohne transparente Feedbackstrukturen oder Reflexion dieser Rolle.*
- *Es gibt kaum Raum für pädagogische Innovationen, wenn sie etablierte Autoritätsbilder infrage stellen.*
- *Lehrkräfteausbildung vermittelt kaum feministische, machtkritische oder emanzipatorische Perspektiven auf Unterricht und Schule.*

Stattdessen braucht es:

- *Pflichtmodule zu Geschlechtergerechtigkeit, Intersektionalität und Machtverhältnissen im Klassenzimmer,*
- *strukturell abgesicherte Reflexionsräume im Vorbereitungsdienst über das eigene Rollenverständnis,*
- *und die Förderung einer Schulkultur, die auf Beziehung statt Autorität, auf Vertrauen statt Kontrolle, auf Solidarität statt Selektion basiert.*

Ein Schulsystem, das demokratisch sein will, muss auch in seiner Ausbildung demokratisieren. Dafür müssen patriarchale Muster und autoritäre Prägungen sichtbar gemacht und durchbrochen werden – beginnend mit der Ausbildung der Menschen, die später den Unterricht gestalten.

93A35

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer (SV-RBZ am Königsweg)

Titel: **Nicht wegrationalisieren, was Perspektiven schafft**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen:
- 2 Das Grundsatzprogramm wird wie folgt ergänzt,
- 3 Es wird um einen neuer Punkt 5.9. in folgendem Wortlaut ergänzt:
- 4 „Wir fordern, dass das BFS 1-System in Schleswig-Holstein erhalten bleibt und
- 5 nicht durch das AVSH-Flex-Modell ersetzt wird. Statt kurzfristiger Kürzungen
- 6 muss eine langfristige Sicherung beruflicher Bildungswege gewährleistet werden.“

93A36

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann (SV-RBZ am
Königsweg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: SHIBB auf die Schulbank

Antragstext

1 *Das LSP möge beschließen:*

2 Das Grundsatzprogramm wird wie folgt ergänzt,

3 Es wird um einen neuer Punkt 7.21. in folgendem Wortlaut ergänzt:

4 „Wir fordern, dass das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung
5 (SHIBB) verpflichtet wird, vor grundlegenden Änderungen an Schulformen oder
6 Bildungswegen einen strukturierten Dialog mit Schulleitungen, Lehrkräften,
7 Schülerinnenvertretungen und Ausbildungspartnerinnen zu führen. Dieser Diskurs
8 soll verbindlich dokumentiert und öffentlich einsehbar sein.“

93A37

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann & Süeda-Nur Okular,
Elias Görrh, Malina Schütte (SV-RBZ am Königsweg, Stellv.
LSS, LSS, SV-BBZ Bad Segeberg)

Titel: **Mit Marx gegen Matheangst – endlich
Wirtschaft, die Sinn ergibt**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen:
- 2 Das Grundsatzprogramm wird wie folgt ergänzt,
- 3 Es wird um einen neuer Punkt 7.20. in folgendem Wortlaut ergänzt:
- 4 „Wir fordern die verpflichtende Behandlung kapitalismuskritischer Theorien im
- 5 Politik-, Wirtschafts- und Ethikunterricht, insbesondere Perspektiven von Marx,
- 6 Luxemburg, Fanon und feministische Ökonomiekritik. Ebenso soll die Behandlung
- 7 der 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 verpflichtend im
- 8 Curriculum aller Bildungs- und Ausbildungsgängen verankert werden.“

93A38

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 01.05.2025)

Titel: **Unterstützung für SVen ist kein "kann" -
Verbindungslehrkräfte sind Pflicht!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen,

2 das GSP wird wie folgt geändert:

3 1. Es wird ein 3.8. im folgenden Wortlaut eingefügt:

4 "Wir fordern, dass die Wahl einer Verbindungslehrkraft im Schulgesetz
5 verpflichtend wird."

6 2. 4.3. wird wie folgt neu gefasst:

7 "Wir fordern, dass das für Bildung zuständige Ministerium vier
8 wöchentliche Ausgleichsstunden für Kreisverbindungslehrkräfte zur
9 Verfügung stellt. Die Wahl einer Kreisverbindungslehrkraft muss im
10 Schulgesetz verpflichtend werden."

Begründung

erfolgt mündlich

93A39

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 01.05.2025)

Titel: **Mehr Raum für Partizipation: Freistellungen
ausweiten!**

Antragstext

Das LSP möge beschließen,

das GSP wie folgt zu ändern:

1. 3.3. wird wie folgt neu gefasst:

"Wir fordern, dass der Rahmen der Unterrichtsbefreiungen für LSP-Delegierte erweitert und auch auf etwaige für die LSV tätige, aber nicht im Schulgesetz festgeschriebene, Schülervertreter ausgeweitet wird. Dieser Freistellungsanspruch muss auch gegenüber dem Arbeitgeber gelten, sofern sich der Schüler in einer Ausbildung befindet."

2. Es wird ein 3.8. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass der wöchentliche Freistellungsanspruch des LSS erweitert und die stellv. LSS ebenfalls einbezogen werden. Es muss eine flexible Regelung geschaffen werden, die den LSS in seiner Amtsführung nicht behindert."

3. Es wird ein 16.4. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass im Schulgesetz ein Freistellungsanspruch für Delegierte zu Versammlungen einer bundesweiten Schüler*innenvertretung geschaffen wird."

Begründung

erfolgt mündlich

93A40

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Sondervermögen sinnvoll nutzen – Schulen
sanieren, Bildung stärken**

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen:

2 Die LSV BS SH und das LSP möge sich wie folgt positionierten:

3 Das Landesschülerparlament und die Landesschüler*innenvertretung der
4 berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein erkennt an, das gemäß der letzten
5 KfW Studie ein Investitionsstau von 54,8 Milliarden Euro im Bereich
6 Schulinfrastruktur vorherrscht.

7 Von den beschlossenen 500 Milliarden Euro "Sondervermögen" sollen mindestens 75
8 Milliarden Euro zweckgebunden in die Schulsanierung und Modernisierung fließen.

Begründung

Erfolgt mündlich...

93A42

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Nichtwissen tötet – Zeit für verpflichtende Erste-Hilfe-Ausbildung!**

Antragstext

- 1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern.
- 2 Der 2.14 wird in folgenden Wortlaut geändert:
- 3 "Wir fordern die verbindliche Aufnahme von Erste-Hilfe-Maßnahmen sowie den
- 4 Umgang mit einem AED-Defibrillator in den schulischen Lehrplan. Darüber hinaus
- 5 sollen das Land, die Kreise und die Schulen Maßnahmen zur verstärkten Aufklärung
- 6 über medizinische Notfallversorgung ergreifen."

Begründung

Erfolgt mündlich...

93A43

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: Regelmäßige Austauschtreffen sind Pflicht!

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen:
- 2 Der geschäftsführende Vorstand wird beauftragt, sich darum zu bemühen, dass mit
- 3 allen im schleswig-holsteinischen Landtag vertretenen Parteien wenigstens
- 4 halbjährlich Austauschgespräche stattfinden, um die Interessen der LSV BS
- 5 gegenüber der Landespolitik angemessen zu vertreten.

Begründung

erfolgt mündlich

93A44

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg, Elias Görth
(Landesschülersprecher), Magnus Erdmann (Stellv.
Landesschülersprecher), Jannes Hagemeier (SV RBZ am
Königsweg) (dort beschlossen am: 01.06.2025)

Titel: **Regelmäßige treffen zwischen Schulleitung und
SVen**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament wolle beschließen: Die Landesschüler*innenvertretung
2 der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein fordert:

3 Um ihren Aufgaben gemäß § 79 Abs. 2 des SchulG gerecht zu werden, werden die
4 berufsbildenden Schulen in SH aufgefordert, regelmäßig stattfindende Treffen
5 zwischen der Schülervertretung und der Schulleitung bzw. dem Lehrerkollegium
6 einzurichten.

7 Diese Treffen sollen mindestens einmal im Quartal stattfinden und beiden Seiten
8 ausreichend Zeit für einen konstruktiven Austausch einräumen – mindestens jedoch
9 60 Minuten.

10 Ziele dieser Treffen sollen unter anderem die gegenseitigen Information, den
11 Abbau von Kommunikationsbarrieren und die gemeinsame Erarbeitung von
12 Lösungsansätzen für schulische Herausforderungen sein. Dabei soll es stets
13 gelten, eine Beteiligung beider Seiten auf Augenhöhe zu ermöglichen.

14 Zur weiteren Verankerung dieser Forderung soll dem Grundsatzprogramm ein 3.8 in

15 folgendem Wortlaut eingefügt werden:
16 "Wir fordern verbindliche Austauschtreffen zwischen Schülervvertretung und der
17 Schulleitung bzw. dem Lehrerkollegium, die mindestens 60 Minuten produktiven,
18 inhaltlichen Austausches pro Quartal beinhalten."

Begründung

Erfolgt mündlich

93A45

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg, Elias Görth
(Landesschülersprecher), Magnus Erdmann (Stellv.
Landesschülersprecher), Jannes Hagemeier (SV RBZ am
Königsweg) (dort beschlossen am: 01.06.2025)

Titel: **Partizipative Planung und Durchführung von
Schulfahrten und Veranstaltungen**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament wolle beschließen: Die Landesschüler*innenvertretung
2 der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein fordert:

3 Schüler*innen sollen aktiv an der Planung ihrer Schulfahrten beteiligt werden.
4 Dazu gehören wenigstens die Auswahl des Ziels, die Gestaltung des Programms und
5 die Organisation einzelner Programmpunkte.

6 Auch bei anderen Veranstaltungen, bei denen Schüler*innen involviert sind,
7 sollen diese an Planung und Organisation beteiligt werden.

8 Diese Mitwirkung stärkt Eigenverantwortung, fördert das soziale Miteinander und
9 schafft mehr Identifikation mit dem gemeinsamen Vorhaben. Schulfahrten und
10 Veranstaltungen, die in gemeinsamer Verantwortung geplant wurden, werden stärker
11 von der gesamten Gruppe getragen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einem
12 positiven und unterstützenden Klassenklima.

13 Zur weiteren Verankerung dieser Forderung soll dem Grundsatzprogramm ein 2.20 in

14 folgendem Wortlaut eingefügt werden: "Wir fordern Schüler*innen aktiv in die
15 Planung und Durchführung von Schulfahrten und anderen Veranstaltungen mit
16 einzubeziehen"

Begründung

Erfolgt mündlich

93A46

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg, Elias Görth
(Landesschülersprecher), Magnus Erdmann (Stellv.
Landesschülersprecher), Jannes Hagemeier (SV RBZ am
Königsweg) (dort beschlossen am: 01.06.2025)

Titel: **Kostenfreie Sprachzertifikate für Schüler*innen**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament wolle beschließen: Die Landesschüler*innenvertretung
2 der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein fordert:

3 Sprachzertifikate sollen vollständig durch öffentliche Mittel finanziert werden.
4 Dies gilt für anerkannte Zertifikate wie z. B. Cambridge English, DELF, DELE,
5 TELC oder vergleichbare Prüfungen. Ziel ist es, allen Schüler*innen unabhängig
6 von ihrer finanziellen Lage die Teilnahme zu ermöglichen und ihre sprachlichen
7 Kompetenzen gezielt zu fördern.

8 Zur weiteren Verankerung dieser Forderung soll dem Grundsatzprogramm ein 10.11
9 in folgendem Wortlaut eingefügt werden: "Wir fordern die volle Übernahme der
10 Kosten für anerkannte Sprachzertifikate durch öffentliche Mittel für alle
11 Schüler*innen"

Begründung

Erfolgt mündlich

93A47

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Mina Engelmann, Malina Schütte, Magnus Erdmann (SV BBZ Bad Segeberg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Fair. Klar. Nachvollziehbar. – Bewertung, die man versteht**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.19 mit folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 „Die LSV BS SH fordert, mündliche Benotung durch transparente
- 4 Leistungsbewertung, insbesondere durch verpflichtende Bewertungsraster, fair und
- 5 nachvollziehbar zu gestalten. Zusätzlich soll eine regelmäßige, schriftlich
- 6 dokumentierte Feedbackkultur Bestandteil aller Unterrichte an berufsbildenden
- 7 Schulen sein.“

Begründung

Mündlich

93A48

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Mina Engelmann, Malina Schütte, Magnus Erdmann (SV BBZ Bad Segeberg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Zeit für Mitsprache – Stundenpläne gemeinsam gestalten**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 7.19 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

3 „Die LSV BS SH setzt sich dafür ein, dass Schüler*innenvertretungen,
4 insbesondere Klassensprecher*innen in die Planung, Optimierung und mögliche
5 Flexibilisierung der Stundenpläne einbezogen werden. Die LSV BS SH fordert das
6 MBWFK auf, organisatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine flexible
7 Verschiebung oder Festlegung einzelner Unterrichtsstunden zu ermöglichen.“

Begründung

Mündlich

93A49

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Mina Engelmann, Malina Schütte, Magnus Erdmann (SV BBZ Bad Segeberg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Ehrenamt zählt: SV-Arbeit sichtbar machen!**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu
2 ändern:

3 Es wird ein 3.8 in folgendem Wortlaut eingefügt:

4 „Die LSV BS SH fordern die Schulen auf, geleistete Arbeit von Schülerinnen und
5 Schülern in der Schülervvertretung nachhaltig zu würdigen. Dies soll in Form
6 einer separaten Urkunde oder einer Bemerkung auf dem Zeugnis der jeweiligen
7 Person geschehen, wo diese besondere Leistung vermerkt und anerkannt wird.“

Begründung

Mündlich